

Helmut Wittelsbürger **Die**
Parlamentswahlen
in Spanien
am 12. März 2000

Nachdem der Partido Popular bereits 1996 die 14-jährige Ära der Sozialisten unter Felipe González in Spanien beendet hatte, erzielten die Konservativen unter José María Aznar im März 2000 gar die absolute Mehrheit und sind fortan auch nicht mehr auf die katalanische bürgerliche CiU Jordi Pujols angewiesen. Die Spanier honorierten mit ihrem Votum die erfolgreiche Politik des keineswegs charismatischen, jedoch zielstrebigem Aznar und seines Vize- und Ressortchefs für Finanzen und Wirtschaft, Rato Figaredo, die zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf sieben Prozent, der Erfüllung der Maastricht-Kriterien sowie einem deutlichen Anstieg des BIP führte. Lediglich das drängendste innenpolitische Problem des Landes, der Terrorismus der baskischen *etarras*, bleibt ungelöst. Indes bedeutet der Sieg des PP eine klare Stärkung der konservativen Grundströmung im Land, angesichts derer selbst der Herausforderer Aznars auf Seiten des PSOE, Joaquín Almunia, noch in der Wahlnacht vom Posten des Vorsitzenden der spanischen Sozialisten zurücktrat.

Fast 34 Millionen Spanier und Spanierinnen waren am 12. März 2000 aufgerufen, die Zusammensetzung des nationalen Parlamentes neu zu bestimmen. Gegenüber den letzten allgemeinen Parlamentswahlen vom 6. März 1996 hatte sich die Zahl der Wähler um ca. 1,4 Millionen erhöht. Grund dafür sind die in den anfänglichen achtziger Jahren noch relativ starken Geburtenzahlen und seit 1996 eine Einbürgerungspolitik, die rund 120 000 Ausländer zu spanischen Staatsbürgern machte.

Die Wahllokale waren von 9.00 h bis 20.00 h geöffnet. Die Zeitverschiebung auf den Kanarischen Inseln sorgte dafür, dass die ersten Berichterstattungen in den Medien – mit Prognosen aufgrund der Wählerbefragungen nach dem Urnengang – dort offiziell erst eine Stunde später gesendet wurden.

Die Wahlbeteiligung lag bei gutem Wetter mit knapp 70 Prozent rund sieben Prozent niedriger als 1996. Erste Analysen zeigen, dass es in der Gruppe der Erstwähler und bei den Anhängern der Linksparteien überproportional zu Wahlenthaltungen kam.

350 Abgeordnetensitze und 208 Senatsmandate von insgesamt 259 standen bei den achten, freien, allgemeinen und geheimen Wahlen seit 1977 – nach dem demokratischen Übergang vom Franco-Regime – zur Neubesetzung an. Im Gegensatz zum deutschen Verhältniswahlrecht vergeben spanische Wahlberechtigte nur eine Stimme zur Wahl ihrer Volksvertreter. Die Kandidaten präsentieren sich in Parteilisten. Die Auszählung geschieht nach Wahlbezirken aufgrund des d'Hondt'schen Verfahrens mit der Folge von Überhangmandaten.

Zum ersten Mal in der jüngsten demokratischen Geschichte des Landes ging eine Legislaturperiode (1996-2000) ohne vorzeitige Neuwahlen zu Ende. Die bürgerlichen Regierungen vor Aznar (Adolfo Suárez, Leopoldo Calvo Sotelo) und die sozialistischen Regierungen unter Felipe González schrieben durchweg vor Ende der Legislaturperioden Neuwahlen aus.

■ **Die demokratische
Entwicklung in Spanien:
ein konservativ-sozialistisches Wechselspiel**

Bei den ersten demokratischen Wahlen 1977 gewann die bürgerliche Zentrumsparterie mit Adolfo Suárez und erzielte mit 165 Mandaten eine relative Mehrheit. Da die Verfassung erst 1978 verabschiedet wurde, bestand schon 1977 Einvernehmen unter allen demokratischen Parteien, mit den 1979 notwendigen Gemeinde- und Regionalwahlen auch die allgemeinen Parlamentswahlen zu wiederholen. Bei diesem Urnengang gewann Adolfo Suárez zwei Abgeordnetensitze hinzu und blieb bis 1981, dem Jahr seines Rücktritts, Ministerpräsident. Als sein Nachfolger übernahm Leopoldo Calvo Sotelo 1981 die Amtsgeschäfte. Beim Urnengang 1982 erreichte die Sozialistische Spanische Arbeiterpartei (PSOE) einen erdrutschartigen Sieg über das bürgerlich-konservative Lager. Felipe González konnte mit 202 Sitzen die absolute Mehrheit erringen und bis 1993 mit abnehmender Tendenz verteidigen. Ab diesem Zeitpunkt war der sozialistische Ministerpräsident angewiesen auf die parlamentarische Unterstützung durch Abgeordnete aus den regionalistisch-nationalistischen Parteien Kataloniens (Convergència i Unió: bürgerlich-konservativ-christdemokratisch) und des Baskenlandes (PNV: bürgerlich-christdemokratisch, gemäßigt nationalistisch). Koalitionen haben in der demokratischen Tradition Spaniens keine Vorbilder. Durch Regierungspakte wird die parlamentarische Mehrheit gesichert. Regierungsverantwortung übernehmen die kleineren Partner dabei nicht.

Im März 1996 besiegte zum ersten Mal nach 14 Jahren die Volkspartei die regierenden Sozialisten knapp. Eine absolute Mehrheit konnte José María Aznar jedoch nicht erreichen. Er war auf die Unterstützung der gleichen politischen Kräfte wie sein Vorgänger angewiesen.

■ **Im März 1996 besiegte zum ersten Mal nach 14 Jahren die Volkspartei die regierenden Sozialisten knapp. Eine absolute Mehrheit konnte José María Aznar jedoch nicht erreichen.**

Vorausgegangen war eine Erneuerung und Neuformierung der bürgerlichen politischen Parteien in Spanien. Das konservative, liberale und christlich-demokratische Lager war nach der Regierungsübernahme durch die Sozialistische Partei ab 1982 zersplittert. Neben der rechtskonservativen Alianza Popular gab es mehrere Versuche, das Zentrum politisch zu besetzen. Die Regierungspartei von Adolfo Suárez und Leopoldo Calvo Sotelo, die UCD, verlor in den achtziger Jahren bei Wahlen erheblich und ist in Gestalt ihrer Nachfolgepartei, dem CDS (Centro Democrático Social), von den Wählern zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Die spanischen Christlichen Demokraten fanden in einem Partido Democrático Popular (PDP) eine neue politische Heimat, die jedoch durch internes Gerangel und persönliche Auseinandersetzungen ihrer Spitzenpolitiker keinen Bestand hatte.

Es ist das große Verdienst von Fraga Iribarne, dem langjährigen Caudillo der Alianza Popular, mit politischer Weitsicht 1989 die Parteiführung dem jungen Hoffnungsträger José María Aznar, dem ehemaligem Regierungschef von Kastilien und León, übertragen, sich auf das Amt des Regierungschefs von Galicien zurückgezogen und damit den Weg für eine Erneuerung, Verjüngung und Neuorientierung des 1990 gegründeten PP freigemacht zu haben. Es ist das noch größere Verdienst von José María Aznar, mit Geschick und Beharrlichkeit die gesplante konservative Parteienlandschaft zu einer einheitlichen Zentrumspartei umgeformt zu haben, in der sich nach dem erfolgreichen Wandel viele junge, gebildete, liberale, christdemokratische und konservative Frauen und Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten politisch beheimatet fühlen. Dass diese Parteibildung gelang – ohne Abspaltungen am rechten Rand – spricht für die große Integrationskraft und die Führungskompetenz ihres damals 37jährigen Vorsitzenden.

Die Konsolidierung konservativer, liberaler und christlich-demokratischer Kräfte innerhalb der Volkspartei (PP) führte zu einem kontinuierlichen Anstieg in der Wählergunst. Schon bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1993 errechnete sich Aznar gute Chancen für einen Regierungswechsel und eine Ablösung von Felipe González. Bei den ein

■ Es ist das Verdienst von José María Aznar, mit Geschick und Beharrlichkeit die gesplante konservative Parteienlandschaft zu einer einheitlichen Zentrumspartei umgeformt zu haben, in der sich nach dem erfolgreichen Wandel viele junge, gebildete, liberale, christdemokratische und konservative Frauen und Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten politisch beheimatet fühlen.

Jahr später, im Juni 1994 stattfindenden Europawahlen überflügelte der Partido Popular mit 40 Prozent der gültigen Stimmen zum ersten Mal die Regierungspartei. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen vom Mai 1995 bestätigten den Aufwärtstrend. Mit 44 Prozent lag die größte Oppositionspartei weit vor den Sozialisten. Regierungen in wichtigen autonomen Regionen und in der Mehrzahl der größeren Städte mussten an die Volkspartei abgetreten werden.

Die Europa-, Landtags, Kreistags- und Gemeinderatswahlen im Juni 1999 galten als erster nationaler Test für die PP-Regierungspolitik nach dem knapp gewonnenen nationalen Urnengang vom März 1996. Trotz erheblicher Zugewinne des PSOE, die allerdings auf Kosten der extremen Linken (IU) gingen, konnte sich die Regierungspartei als stärkste politische Kraft behaupten.

■ **Erfolgsbilanz der ersten Regierung Aznars – Grundlage für den erneuten Wahlsieg**

Als José María Aznar nach den knapp gewonnenen Wahlen mit den Stimmen der Abgeordneten aus regionalistischen Parteien (Convergencia i Unió – CiU, Partido Nacional Vasco – PNV, Coalición Canaria – CC und Unió Valenciana – UV) im Mai 1996 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war keines der im Maastrichter Vertrag festgelegten Kriterien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt.

Es ist das große Verdienst des spanischen Wirtschafts- und Finanzministers und zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten, Rodrigo Rato Figaredo, seit der Regierungsübernahme eine sozialmarktwirtschaftliche Politik mit Augenmaß und Perspektive verwirklicht zu haben. Er und seine Mitarbeiter haben den Kurswechsel nach 14-jähriger Regierungszeit des PSOE überzeugend vollzogen: Dezentralisierung, Privatisierung, aktive Mittelstandspolitik, Reduzierung des Staatsanteils durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen sind die Säulen, auf denen die Richtungsänderung beruht. Durch die stabilitätsorientierte Finanzpolitik im einvernehmlichen Zusammenwirken mit dem geldpolitischen Instrumentarium der spanischen Zentralbank befand sich das Land Mitte 1998 in der Spitzen-

■ **Als José María Aznar nach den knapp gewonnenen Wahlen mit den Stimmen der Abgeordneten aus regionalistischen Parteien im Mai 1996 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, war keines der im Maastrichter Vertrag festgelegten Kriterien für die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt.**

■ Die hohe Arbeitslosigkeit (Spanien lag beim Regierungswechsel vom PSOE zum PP an der Spitze der EU) sank kontinuierlich von über 22 Prozent im Jahre 1996 auf rund 15 Prozent Ende 1999.

gruppe der elf Gründungsmitglieder des EURO-Clubs. Lediglich beim Kriterium der Gesamtverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes verfehlte Spanien mit rund 67 Prozent die vorgegebene Zielgröße. Die anderen fiskal- und geldpolitischen Kriterien wurden zur Überraschung vieler europäischer Partnerregierungen voll erfüllt.

Seit Amtsantritt der Regierung Aznar wuchs das Bruttosozialprodukt stetig. War die Zuwachsrate im Jahre 1996 mit 2,4 Prozent noch bescheiden, so boomte die Wirtschaft 1997, 1998 und 1999 und erreichte reale Zuwachsraten von 3,5 Prozent, 3,9 Prozent und 3,7 Prozent. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf den Arbeitsmarkt. Die hohe Arbeitslosigkeit (Spanien lag beim Regierungswechsel vom PSOE zum PP an der Spitze der EU) sank kontinuierlich von über 22 Prozent im Jahre 1996 auf rund 15 Prozent Ende 1999. Wählt man die mit anderen OECD-Ländern vergleichbare Berechnungsmethode, die das Europäische Statistische Amt (EUROSTAT) als Vergleich jedoch nicht heranzieht, sind die Werte noch beeindruckender. Demnach sank die Arbeitslosigkeit von rund 15 Prozent im Jahre 1996 auf unter zehn Prozent im Jahr 1999, mit der Konsequenz einer nahezu auf Null gefallenem Bezuschussung spanischer Sozialversicherungsträger aus Mitteln der öffentlichen Haushalte.

Die über dem Durchschnitt der EU liegenden Wachstumsraten haben dem Finanzminister Spielräume zur Reduzierung der Neuverschuldung und des Staatsdefizits eröffnet. Lag das Budgetdefizit beim EURO-Examen knapp unter dem Richtwert von drei Prozent, so konnte Rodrigo Rato den Haushalt 2000 Ende 1999 mit einem Defizitansatz von 1,1 Prozent durch die parlamentarischen Gremien bringen. 2003 soll das Budget laut Prognosen des Wirtschaftsministeriums ausgeglichen sein.

Sorgen bereiten der spanischen Zentralbank die wieder verstärkten Preissteigerungen. Nach 2,7 Prozent 1998 hat sich der allgemeine Verbraucherpreisindex im Jahre 1999 um 2,9 Prozent erhöht. Verantwortlich werden dafür die gestiegenen Rohölpreise, der Eurowechselkurs und überproportionale Preissteigerungen im Dienstleistungs- und Fremdenverkehrssektor gemacht.

Mäßige, an der Produktivität orientierte Lohnabschlüsse, niedrige Zinsen im Zusammenspiel mit Steuersenkungen und in der Folge steigende Realeinkommen tragen trotz defizitärer Handels- und Leistungsbilanz dazu bei, dass die Mehrheit der Spanier eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verspürt. All dies erhöht ständig die Anhängerschaft einer an Stabilität orientierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Hinzu treten europapolitische und außenpolitische Erfolge. Der Geldsegen aus Brüssel wird nach dem Europäischen Rat in Berlin weiterhin fließen; ein für den spanischen Wähler entscheidender Posten in der Erfolgsbilanz der Regierung. Die Beziehungen zu Lateinamerika sind intensiver – wirtschaftliche Verflechtungen der Privatwirtschaft mit Unternehmen in Iberoamerika haben Spanien zum größten Investor in der Region nach den Vereinigten Staaten werden lassen. Die damit verbundenen Risiken haben zeitweilig bei der spanischen Börse zu einem unterdurchschnittlichen Wachstum geführt. Diese wichtige Rolle des Landes trägt jedoch zum Selbstbewusstsein spanischer Politiker und Unternehmer bei.

Trotz einer positiven Gesamtbilanz der Regierung seit 1996 hat sich das drängendste Problem Spaniens, sein staatlicher Zusammenhalt, eher verschärft. Der hoffnungsvolle Waffenstillstand der baskischen terroristischen Untergrundorganisation ETA vom September 1998 wurde Ende November 1999 wieder aufgehoben. Sprengstoffattentate mit Toten und Verletzten wurden im Januar, Februar und Anfang März 2000 verübt. Der politische Arm der ETA, die baskische Partei EH (ehemals HB) begründete diese Wiederaufnahme der Gewalt mit fehlenden Ergebnissen der beiderseitigen Versuche, durch Dialog und Verhandlungen das baskische Problem und den Wunsch eines großen Teiles der dortigen Bevölkerung nach Unabhängigkeit von Spanien einer Lösung zuzuführen. Die demokratischen baskischen Parteien PNV und EA regieren im Baskenland seit den Wahlen Ende Oktober 1998 gemeinsam mit EH und haben die gesamtspanischen Parteien PP und PSOE in die Oppositionsrolle verwiesen. Die nationalistischen Kräfte werfen der Madrider Regierung mangelnde Dialogbereitschaft und fehlendes Verständnis für die Besonderheiten des Baskenlandes und seiner Bevölkerung vor.

■ **Trotz einer positiven Gesamtbilanz der Regierung seit 1996 hat sich das drängendste Problem Spaniens, sein staatlicher Zusammenhalt, eher verschärft.**

■ **Das Verhältnis zwischen Madrid und Vitoria hat sich trotz anfänglicher Friedensbemühungen im Laufe des Jahres 1999 durch polarisierende Äußerungen beider Seiten sowie persönliche Verunglimpfungen der Spitzenpolitiker verschlechtert.**

Das Verhältnis zwischen Madrid und Vitoria hat sich trotz anfänglicher Friedensbemühungen im Laufe des Jahres 1999 durch polarisierende Äußerungen beider Seiten sowie persönliche Verunglimpfungen der Spitzenpolitiker verschlechtert; mit dem Ergebnis der Aufkündigung des Regierungspaktes (PP-PNV) durch den PNV im Dezember 1999 im Madrider Parlament, des Ausschlusses des PNV aus dem Verbund der EVP (auf Drängen des PP) im Oktober 1999, einer irreversiblen Trübung des persönlichen Verhältnisses zwischen Aznar und Arzallus (Vorsitzender PNV) sowie einer Erhöhung der Attraktivität des PSOE für die baskischen nationalistischen Parteien als eines Gesprächspartners zur Erörterung von Lösungen der gesamtspanisch-baskischen Probleme.

Anders stellt sich die Situation für den katalanischen Nationalismus dar. Bei den katalanischen Wahlen im Oktober 1995 verlor Pujol erstmals seine absolute Mehrheit (CiU ist seit 1980 stärkste Partei) und mußte daher in den vergangenen Jahren mit wechselnden Mehrheiten regieren. Der Rückgang in der Wählergunst wurde auf die Unterstützung der seinerzeit mit Skandalen belasteten sozialistischen Regierung unter Felipe González durch die Abgeordneten der CiU im Madrider Parlament zurückgeführt. Nach den allgemeinen Parlamentswahlen vom März 1996 stellte die katalanisch-bürgerliche CiU mit ihren nunmehr 16 nationalen Abgeordneten die stärkste Stütze für die Madrider Regierung unter Ministerpräsident José María Aznar dar.

Am 17. Oktober 1999 waren rund 5,3 Millionen Wähler in Katalonien aufgerufen, über die neue Zusammensetzung des Parlamentes zu entscheiden. Die nationalistisch-bürgerliche *Convergència i Unió* (CiU), die im Wahlkampf für die Bestätigung ihrer Politik warb, wurde abermals mit 56 Abgeordneten stärkste Fraktion. Sie bildete daher mit ihrem Spitzenkandidaten Jordi Pujol zum sechsten Mal hintereinander die Regierung. Pasqual Maragall, Hoffnungsträger und Spitzenkandidat der sozialistischen Partei, reklamierte den Wahlsieg für sich. Sein *PSC* (*Partido Socialista de Catalunya*) erhielt rund 6000 Stimmen mehr als CiU und wurde daher zur stärksten Partei. Der *PSC* hatte im Wahlkampf den Regierungswechsel gefordert. Der Zuwachs in der Wäh-

lergunst ist einerseits auf die Beliebtheit und Kompetenz Maragalls zurückzuführen; andererseits ging der PSC eine Wahlallianz mit der Iniciativa per Catalunya und den Grünen (IC-LV) ein, die als Partei acht Mandate verlor. Viele ihrer Stammwähler hatten bei dem Urnengang direkt Maragall und dem PSC ihre Stimme gegeben.

Trotz dieser Leihstimmen war der Zuwachs in der Wählergunst von rund 13 Prozent für den PSC und seinen Spitzenkandidaten ein stolzer Erfolg. Pujol wurde dennoch mit den Stimmen der „Landtagsabgeordneten“ des Partido Popular in Barcelona zum Regierungschef gewählt.

Die Europawahlen vom Juni 1999 und die Oktoberwahlen in Katalonien haben der gesamtspanischen Regierung von José María Aznar verdeutlicht, dass ihr Wählerpotential in Katalonien begrenzt ist. Liberale, konservative und christlich-demokratische Politikentwürfe werden dort überwiegend von der CiU vertreten. Sie vermag nach wie vor den größeren Teil dieser Wählerschaft an sich zu binden. Der enorme Zuwachs von Stimmen für die Sozialistische Partei Kataloniens verunsicherte den Partido Popular in seiner Zuversicht auf einen Wahlerfolg im Frühjahr 2000. Es war daher nur folgerichtig, dass José María Aznar von Jordi Pujol als Gegenleistung zu seiner Wahl die Stimmen der CiU im nationalen Parlament für seine eigene Investitur erwartete.

Die Mutterpartei des katalanischen PSC, der PSOE, machte sich nach dem Wahlergebnis in Katalonien Hoffnungen auf einen Machtwechsel für das Jahr 2000 in Madrid. Der erfolgreiche Versuch Pasqual Maragalls, das linke Lager in Katalonien durch eine Wahlallianz mit anderen sozialistischen Gruppen zusammenzuführen, machte auch beim PSOE für die nationalen Wahlen vom 12. März Schule. Am linken pluralistischen Rand der spanischen Gesellschaft trat der Vorsitzende der Kommunisten und Koordinator des Linksbündnisses (Izquierda Unida), Julio Anguita, aus Gesundheitsgründen von der politischen Bühne ab. An ihm war bisher jegliche Zusammenarbeit seiner Partei mit dem PSOE gescheitert. Der neue Koordinator, Francisco Frutos, ging mit dem PSOE Mitte Februar 2000 ein Bündnis mit einer gemeinsamen Wahlliste für den spanischen Senat ein. Auch einigten sich beide Parteien auf eine

■ **Die Europawahlen vom Juni 1999 und die Oktoberwahlen in Katalonien haben der gesamtspanischen Regierung von José María Aznar verdeutlicht, dass ihr Wählerpotential in Katalonien begrenzt ist.**

Wahlplattform. Darüber hinaus erklärte Francisco Frutos öffentlich, seine Abgeordneten würden Joaquín Almunia (Spitzenkandidat des PSOE für die Wahlen vom 12. März 2000) bei der Wahl des Ministerpräsidenten zur Mehrheit verhelfen. Beide Seiten würdigten in groß angelegten Kampagnen diesen Schritt als ein historisches Bündnis zur Vereinigung sozialdemokratischer und sozialistischer Politikkonzepte.

Unter anderem deshalb und trotz der erfolgreichen Europa-, Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Aznar, einer positiven Bilanz bei der Terrorismusbekämpfung und einer Aufarbeitung der Regierungsskandale durch die unabhängige spanische Justiz waren alle Meinungsforschungsinstitute und gut informierten politischen Beobachter der Meinung, die Mehrheitsverhältnisse würden sich nach dem 12. März ähnlich knapp gestalten wie bei den Wahlen 1996.

■ **Der Wahlkampf: weniger *Caudillismo* und mehr Sachthemen**

In Spanien ist, wie in Portugal, die Zeit für Wahlkämpfe gesetzlich festgelegt. Die Auseinandersetzung über die alternativen politischen Konzepte und Ordnungsvorschläge begann daher offiziell erst am 25. Februar und endete am Freitag, dem 10. März. Diese Befristung hindert die Parteien nicht an einem Vorwahlkampf. Plakat- Rundfunk- und Fernsehwerbung dürfen jedoch nur in der offiziellen Wahlkampfphase eingesetzt werden.

■ **Mit dem Wahlkampfmotto *Hechos* (Tatsachen) und *Vamos a Más* (wir werden noch mehr erreichen), führte die Regierungspartei eine hauptsächlich auf die Person José María Aznar und auf den Wirtschafts- und Finanzminister Rodrigo Rato abgestellte Kampagne.**

Mit dem Wahlkampfmotto *Hechos* (Tatsachen) und *Vamos a Más* (wir werden noch mehr erreichen), führte die Regierungspartei eine hauptsächlich auf die Person José María Aznar und auf den Wirtschafts- und Finanzminister Rodrigo Rato abgestellte Kampagne, die die Spanier argumentativ ansprach und an den Verstand der Wahlberechtigten appellierte. Die Erfolge in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wurden mit Zahlen belegt; die Mehrung des Wohlstandes im Lande auch im europäischen Vergleich herausgestellt. Noch nie sei es den Spaniern so gut gegangen wie heute. Die Arbeitslosigkeit werde in der nächsten Legislaturperiode vollständig beseitigt, weitere Steuersenkungen ständen

bevor, die Renten seien sicher, Spaniens Rolle in Europa und in der Welt habe zugenommen, die Privatisierungen hätten die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft erhöht und diese auf die Globalisierung vorbereitet. Ein Regierungswechsel bedeute Rückschritt. Die Probleme der achtziger und der beginnenden neunziger Jahre mit Korruption, Verfilzung und Politikskandalen, in die die sozialistischen Regierungen verstrickt waren, wurden als abschreckende Beispiele ins Bewusstsein der Wähler zurückgerufen.

Spitzenpolitiker der Opposition konterten mit einer Sozialneidkampagne, die sich nach dem Abschluss des Linksbündnisses PSOE-IU verstärkte. Die wirtschaftlichen Erfolge seien nur wenigen, insbesondere den persönlichen Freunden Aznars, die heute an der Spitze der privatisierten Unternehmen stünden, zugute gekommen. Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik hätten zu einer Umverteilung von unten nach oben beigetragen. Die geplante Teilprivatisierung des Gesundheitswesens sei zum Nachteil aller Spanier. Der Wohlfahrtsstaat sei durch die PP-Regierung in den Grundfesten erschüttert. Soziale Gerechtigkeit fehle in allen Politikbereichen. Mit dem Wahlkampfmotto *La España que tú harías* (Das Spanien, wie Du es gestalten würdest) appellierte die Sozialistische Partei an Gefühle, Wünsche, Träume und Sehnsüchte.

Ein von den meisten Bürgern erwartetes Fernsehduell der beiden Spitzenkandidaten kam erneut nicht zu Stande. Der PP, wissend um das geringe Charisma von José María Aznar, stimmte nur einer größeren Fernsehrunde mit den Spitzenkandidaten aller Parteien zu. Dies lag nicht im Interesse von Joaquín Almunia. So musste schließlich die politisch interessierte Öffentlichkeit auf eine direkte Auseinandersetzung der beiden aussichtsreichsten Politiker verzichten.

In der Schlussphase des Wahlkampfes ergänzte der PP seine Kampagne mit „weichen“ Themen. Trotz heftigen Widerstands der Regierung gegen Pläne und Versprechungen aus Katalonien und dem sozialistisch regierten Andalusien, 1999 Rentenerhöhungen durchzusetzen, stimmte sie kurz vor dem Jahreswechsel einer einmaligen Zahlung im Februar 2000 zur Aufbesserung der Mindestpensionen und einer Zuwendung für andere benachteiligte Bevölkerungs-

■ Ein von den meisten Bürgern erwartetes Fernsehduell der beiden Spitzenkandidaten kam erneut nicht zu Stande. Der PP, wissend um das geringe Charisma von José María Aznar, stimmte nur einer größeren Fernsehrunde mit den Spitzenkandidaten aller Parteien zu.

■ Dem PP gelang es, den Wählern ein geschlossenes, modernes und glaubwürdiges Zukunftskonzept für Spanien zu vermitteln. Dabei half die gut funktionierende Parteiorganisation und die reibungslose Wahlkampfmaschinerie.

gruppen zu. Das gute Verhältnis der PP-Regierung zu den Sozialpartnern, die konfliktfreie Legislaturperiode ohne Generalstreiks, die überwiegend auf Verständigung angelegten Beziehungen zu den anderen Gebietskörperschaften und die umfassende Verlagerung von Kompetenzen von der Zentralregierung hin zu den autonomen Regionen fanden Eingang in die Auseinandersetzung um alternative politische Konzepte.

Dem PP gelang es, den Wählern ein geschlossenes, modernes und glaubwürdiges Zukunftskonzept für Spanien zu vermitteln. Dabei half die gut funktionierende Parteiorganisation und die reibungslose Wahlkampfmaschinerie. Der oberste Wahlkampfkoordinator, Erziehungsminister Mariano Rajoy, hat sich mit diesem Erfolg einen bedeutenden Posten in der zweiten Aznar-Regierung gesichert. Als Galicier wird er voraussichtlich mittelfristig in die Fußstapfen Fraga Iribarnes als regionaler Parteivorsitzender treten.

Demgegenüber wirkten die Antworten der Linksparteien überholt und vergangenheitsbezogen. Die klassenkämpferischen Elemente, die insbesondere nach dem Abschluss des Pakts zwischen PSOE und IU einen größeren Stellenwert im Wahlkampf erhielten, konnten selbst die Anhänger sozialistischer gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen nicht überzeugen.

Nach den ETA-Anschlägen im Januar, Februar und Anfang März mit Toten und Verletzten, fanden die gesamtspanischen Parteien IU, PSOE und PP zu einer nach außen geschlossenen Haltung aller Demokraten bei der Ablehnung der Gewalt als politischen Mittels zurück. Selbst der baskische PNV-Regierungschef distanzierte sich vorsichtig von seinem Koalitionspartner EH (vorher HB), dem politischen Arm der ETA, der keine eindeutige Verurteilung der Mordanschläge vornahm. Auch rief EH zu einem Wahlboykott im Baskenland auf. Das auf diese Weise wieder aufkommende Klima der Einschüchterung und Gewalt brachte dem PP mit seiner kompromisslosen Haltung gegenüber der Terrororganisation zusätzliche Stimmen, auch im Baskenland, ein.

Die Regierungsparteien in Katalonien, Convergència i Unió (CiU), strebten, wie schon in den vergangenen Jahren, als ihr Wahlziel die Verhinderung der absoluten Mehrheit im gesamtspanischen Parla-

ment an. Seit 1993 fungierte die CiU als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung von Felipe González, seit 1996 für die von José María Aznar. Dies hat ihr in den vergangenen sieben Jahren erhebliche, vor allem finanzielle Vorteile für Katalonien verschafft. Die bis zum Ende des Wahlkampfes von den Meinungsforschungsinstituten vorausgesagten knappen Mehrheitsverhältnisse, die eine erneute parlamentarische Unterstützung der Madrider Zentralregierung durch CiU notwendig erscheinen ließen, veranlassten Jordi Pujol, einen Meister im Pokern um Vorteile, einen Zwölf-Punkte-Forderungskatalog, der die Bedingungen seiner Unterstützung einer PP-Regierung enthielt, zu formulieren. Offensichtlich konnte diese scheinbar bewährte Strategie auch den katalanischen Wähler dieses Mal nicht überzeugen.

■ **Das Ergebnis – ein überwältigender Wahlsieg der Volkspartei**

Die Volkspartei und José María Aznar sind die eindeutigen Sieger der Wahl. Der PP erzielte mit 44,5 Prozent (1996: 38,8 Prozent) und 183 (1996: 156) von insgesamt 350 zu vergebenden Abgeordnetensitzen zum ersten Mal in der demokratischen Entwicklung des Landes für das konservativ-liberal-christdemokratische, das bürgerliche Lager die absolute Mehrheit im Parlament. Der PP erhielt 10,2 Millionen Stimmen, ein Ergebnis, das Felipe González' Sieg von 1982 um 100 000 Stimmen übertraf.

Die Volkspartei hat in allen Landesteilen in absoluten Zahlen und auch prozentual zugenommen. Dies gilt sowohl in den sozialistischen Hochburgen Andalusien, Extremadura und Kastilien-La Mancha als auch in Katalonien.

Die „Landtagswahlen“ in Andalusien, die gleichzeitig mit den allgemeinen Parlamentswahlen am 12. März durchgeführt wurden, versüßten ein wenig die bittere Wahlniederlage des PSOE. Die Sozialistische Partei konnte mit ihrem Spitzenkandidaten Manuel Chaves, dem amtierenden Regierungschef, ihr ausgezeichnetes Ergebnis von 1996 in etwa wiederholen. Mit 44,15 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen (1996 : 44,4 Prozent) verwies sie den Partido Popular, der mit 38,06 Prozent fast vier Prozent

■ **Die Volkspartei und José María Aznar sind die eindeutigen Sieger der Wahl.**

■ Beide Linksparteien haben es nicht vermocht, ihre Wählerschaft zu mobilisieren.

gegenüber 1996 (34,22 Prozent) zulegen konnte, auch diesmal auf den zweiten Platz.

Der PSOE und die Vereinigte Linke (IU – unter Führung der Kommunisten) mit ihrem als historisch gefeierten Bündnis sind die eindeutigen Verlierer der Wahlen. Beide Parteien mussten erhebliche Einbußen hinnehmen. Mit nur 34,08 Prozent erreichte der PSOE das schlechteste Ergebnis seit dem demokratischen Übergang. Die sozialistische Fraktion im neugewählten Congreso de los Diputados schrumpft um 16 Sitze; statt 141 werden nur noch 125 Abgeordnete den PSOE-Oppositionsblock bilden.

Die Vereinigte Linke, die 1996 noch mit 21 Abgeordneten ins Parlament einzog und mit 10,54 Prozent der Stimmen drittstärkste politische Kraft im Lande war, halbierte ihren Stimmenanteil nahezu und erreichte nur noch 5,46 Prozent (acht Abgeordnete).

Beide Linksparteien haben es nicht vermocht, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die gemäßigten PSOE-Wähler wurden durch das Bündnis mit den Kommunisten verschreckt; die nostalgischen Sozialromantiker mit ihren kollektivistischen Ordnungsvorstellungen sahen im Linkspakt einen Verrat an ihren Ideen und Konzepten.

Erste Analysen von Wählerwanderungen belegen, dass eine halbe Million Stimmen, die 1996 an den PSOE gegangen waren, nunmehr der Volkspartei zugute kamen. Selbst 90 000 IU-Anhänger wählten José María Aznar.

Zirka 18 Prozent der PSOE-Wähler aus dem Jahre 1996 enthielten sich der Stimme. Noch dramatischer ist die Wahlenthaltung bei den Anhängern der Izquierda Unida (IU). 43 Prozent ihrer Stammwähler hat die Vereinigte Linke am 12. März durch Wahlverweigerung verloren. Die geringere Wahlbeteiligung um sieben Prozent gegenüber 1996 im Jahre 2000 erklärt sich vorwiegend hiermit. Hinzu kommt, dass die Hälfte der 2,5 Millionen Erstwähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machte. Diejenigen, die wählten, gaben zu 40 Prozent dem Partido Popular ihre Stimme. Auch dies spricht für das moderne Erscheinungsbild und die Anziehungskraft der Partei bei der Jugend.

Die bürgerliche Parteienkoalition (CiU), die seit fast 20 Jahren mit Ministerpräsident Jordi Pujol in

Katalonien regiert, verlor nahezu 50 000 Stimmen gegenüber 1996 und entsendet einen Abgeordneten weniger (15 statt 16) in das nationale spanische Parlament. Durch den Einbruch in der Wählerschaft der Izquierda Unida bildet CiU nunmehr die drittstärkste Fraktion in den Cortes. Jordi Pujol hat sein Wahlziel, die absolute Mehrheit von José María Aznar zu verhindern, nicht erreichen können. In der kommenden Legislaturperiode wird er die Madrider Zentralregierung nicht mehr wie in der Vergangenheit unter nicht selten geradezu erpresserischen Druck setzen können. Andererseits hat Katalonien durch die Herstellung der Regierungsfähigkeit Spaniens seit 1993 gesamtstaatliche Verantwortung übernommen und als ausgleichendes Korrektiv gewirkt. In den letzten beiden Legislaturperioden hatten Convergència i Unió mäßigenden Einfluß auf politische Entscheidungen der maßgeblichen Regierungspartei ausgeübt. Diese Rolle der Katalanen fällt nunmehr aus.

Im Baskenland hat der dortige PNV vom Wahlboykott des politischen Arms der ETA profitiert. Er konnte sich im Wahlkampf 2000 als der einzige Sachwalter der baskischen nationalen Interessen darstellen. 1996 errang die ETA-Partei (EH) noch zwei Abgeordnetensitze im spanischen Kongress. Ihre Wählerschaft hat nunmehr dem PNV geholfen, die Zahl seiner Sitze von fünf auf sieben zu erhöhen.

Obwohl sich der Anteil der Wähler, der für die beiden großen Volksparteien stimmte, von 76 Prozent im Jahre 1996 auf über 78 Prozent im Jahr 2000 vergrößerte, hält die Tendenz zu einer Stärkung regionalistischer politischer Gruppierungen an. In Galicien bereitet der Volkspartei schon seit Mitte der neunziger Jahre eine linksnationalistische Bewegung, der BNG (Bloque Nacionalista Gallego) Kopfzerbrechen. Sein gutes Ergebnis bei den letzten „Landtagswahlen“ mit über 20 Prozent konnte der BNG trotz 80 000 zusätzlichen Stimmen am 12. März nicht wiederholen. Er verfehlte sein Wahlziel, eine eigene Fraktion in den Cortes zu bilden, für die mindestens fünf Abgeordnete nötig sind, er jedoch nur drei Mandate erreichte.

In Aragón erzielte die bislang kaum beachtete regionalistische Linksbewegung (Chunta Aragonesa – CHA) ein um 50 Prozent besseres Ergebnis als 1996 und entsendet einen Abgeordneten in den Kon-

■ Im Baskenland hat der dortige PNV vom Wahlboykott des politischen Arms der ETA profitiert. Er konnte sich im Wahlkampf 2000 als der einzige Sachwalter der baskischen nationalen Interessen darstellen.

■ Es wird entscheidend auf den Regierungsstil des Partido Popular in seiner zweiten Legislaturperiode ankommen, ob sich künftig regionalistische Bewegungen verstärken oder abschwächen.

gress. Auch die katalanische Esquerra Republicana (ERC) konnte 20 000 Stimmen zusätzlich für sich verbuchen und ebenfalls einen Abgeordnetensitz erringen.

Es wird entscheidend auf den Regierungsstil des Partido Popular in seiner zweiten Legislaturperiode ankommen, ob sich künftig regionalistische Bewegungen verstärken oder abschwächen. Die Entspannung in den Beziehungen zwischen der Madrider Zentralregierung und den autonomen Regionen bleibt eine der großen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Beruhigend waren in diesem Zusammenhang erste Äußerungen der PP-Spitzenpolitiker in der Wahlnacht: Die zweite Regierung der Volkspartei bleibe den Prinzipien des Dialogs, der Verständigung und des Konsenses verpflichtet; José María Aznar sei der Ministerpräsident aller Spanier.

Hatte die Volkspartei schon bei den Wahlen 1996 die absolute Mehrheit der Sitze im Senat erreicht, so war das Ergebnis der Stimmenauszählung für alle politischen Beobachter diesmal sehr überraschend. Die Meinungsforschungsinstitute hatten sich nach dem spektakulären Abschluss des Linkspaktes, der u.a. eine gemeinsame Wahlliste PSOE-IU für die Senatorensitze beinhaltete, mit Voraussagen über das bevorstehende Ende einer Mehrheit des Partido Popular in der „Länderkammer“ gegenseitig übertroffen. Auch hier entschied der Wähler anders.

Bei den Wahlen zum Senat (208 Sitze stehen zur Wahl, 51 werden durch die Regionalparlamente vergeben) erreichte – trotz gemeinsamer Liste PSOE-IU – kein Kandidat der Vereinigten Linken genügend Stimmen zum Einzug in die Länderkammer. Während der PSOE 20 Senatoren gegenüber 1996 verlor, die katalanische CiU ihren Anteil (acht) behielt, der baskische PNV zwei Sitze hinzugewann (sechs, vorher vier) vergrößerte die Volkspartei ihre absolute Mehrheit und entsendet nunmehr 15 direkt gewählte Senatoren mehr als 1996 (127 statt 112) in die zweite Kammer. Für die bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren wurde dieses Ergebnis vom PP mit großer Erleichterung und Freude aufgenommen.

Wahlentscheidend waren letztlich die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung Aznar, ihre Stabilität (wenige Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinetts; Ausschöpfen der Legislaturperiode),

der professionelle Umgang mit den im Vergleich zu Felipe González' Regierungen geringeren und weniger gewichtigen Skandalen und persönlichen Verfehlungen von Politikern aus Regierung und Volkspartei, die konfliktlosen Beziehungen zwischen Exekutive und den Sozialpartnern, die besseren, moderneren und überzeugenderen Antworten und Konzepte zur Gestaltung des Landes und der in der Öffentlichkeit erfolgreich dargestellte Weg der Partei in die politische Mitte.

Noch in der Wahlnacht trat der Spitzenkandidat des PSOE, Joaquín Almunia, unwiderruflich als Vorsitzender seiner Partei zurück. Er übernahm damit die politische Verantwortung für die Niederlage. Der PSOE bleibt bis zum nächsten Parteitag im Juli ohne gewählte Führung. Sie steht vor einer inhaltlichen und personellen Erneuerung. Auch diese Entwicklung bei der größten Oppositionspartei wird José María Aznar das Regieren in den nächsten Jahren erleichtern.

Die Volkspartei hat bewiesen, dass mit einer an konservativen, liberalen, christlich-demokratischen und bürgerlichen Werten ausgerichteten Politik auch gegen den sozialdemokratischen Trend in Europa Wahlen gewonnen werden können. Innerhalb der EVP-Parteienfamilie wird die Stimme des PP an Gewicht gewinnen.

Trotz seiner absoluten Mehrheit möchte José María Aznar die Stimmen der Katalanen und der Kanaren für seine Wahl zum Ministerpräsidenten gewinnen. Er wird sich in den nächsten Tagen mit Jordi Pujol zu Beratungen treffen. Das Parlament kommt zu seiner konstituierenden Sitzung am 5. April zusammen. Danach werden die parlamentarischen Funktionsträger gewählt und die Fraktionsvorstände bestimmt. Der König wird dann José María Aznar mit der Regierungsbildung beauftragen. Laut Verfassung muß spätestens am 26. April der Kongress den Ministerpräsidenten wählen. Danach wird José María Aznar seine Regierungsmannschaft benennen und der Öffentlichkeit vorstellen.

■ **Noch in der Wahlnacht trat der Spitzenkandidat des PSOE, Joaquín Almunia, unwiderruflich als Vorsitzender seiner Partei zurück. Er übernahm damit die politische Verantwortung für die Niederlage.**

■ Anhang

Wahlberechtigte:	33 966 318 (2000)
	32 531 833 (1996)
Wahlbeteiligung:	69,98 (2000)
	77,38 (1996)
Abgegebene Stimmen:	23 769 629
Davon:	
Gültig:	23 247 472
Ungültig:	522 157

Partei	Wahl am 12. 3. 2000	Wahl am 6. 3. 1996
PP	44,54	38,79
PSOE	34,08	37,63
IU	5,46	10,54
CiU	4,2	4,6
PNV	1,53	1,27
CC	1,06	0,88
Andere	9,13	6,29

Senat (259 Senatoren, Kongress (350 Sitze) davon 208 durch direkte Wahl)

Partei	12. 3. 2000	6. 3. 1996	12. 3. 2000
PP	183	156	150
PSOE	125	141	82
CiU	15	16	11
IU	8	21	-
PNV	7	5	8
CC	4	4	5
Andere	8	7	3

Das Manuskript wurde am 17. März 2000 abgeschlossen.